

Kritik an „Pionier Quartier“

Speyer und Otterstadt planen ein interkommunales Baugebiet. Die erste Idee war am Mittwochabend Thema im Ortsgemeinderat der Altrheingemeinde. Die Ratsmitglieder waren nicht voll und ganz begeistert.

VON NADINE KLOSE

Der Plan

Das interkommunale Baugebiet soll laut einer ersten Idee im Umfeld der ehemaligen Kurpfalzkasernen im Norden von Speyer entstehen. Die Stadt Speyer sieht dort kurz- bis mittelfristig in vier Entwicklungszonen ein Potenzial von 40 Hektar Gewerbeflächen und rund 12,6 Hektar Wohnbauflächen für insgesamt 550 Wohneinheiten. Die Wohnbauflächen lägen komplett auf Speyerer Gemarkung, die möglichen Gewerbeflächen wären zu rund zwei Drittel auf Otterstadter Gemarkung. Als Name für das Projekt wird „Pionier Quartier Speyer“ angeführt (wir berichteten). Speyers Stadtplanerin Kerstin Trojan sprach in der Sitzung des Ortsgemeinderats von rund 17 Hektar Gewerbeflächen nördlich und rund 11 Hektar südlich der Kreisstraße 23, jeweils auf Otterstadter Gemarkung.

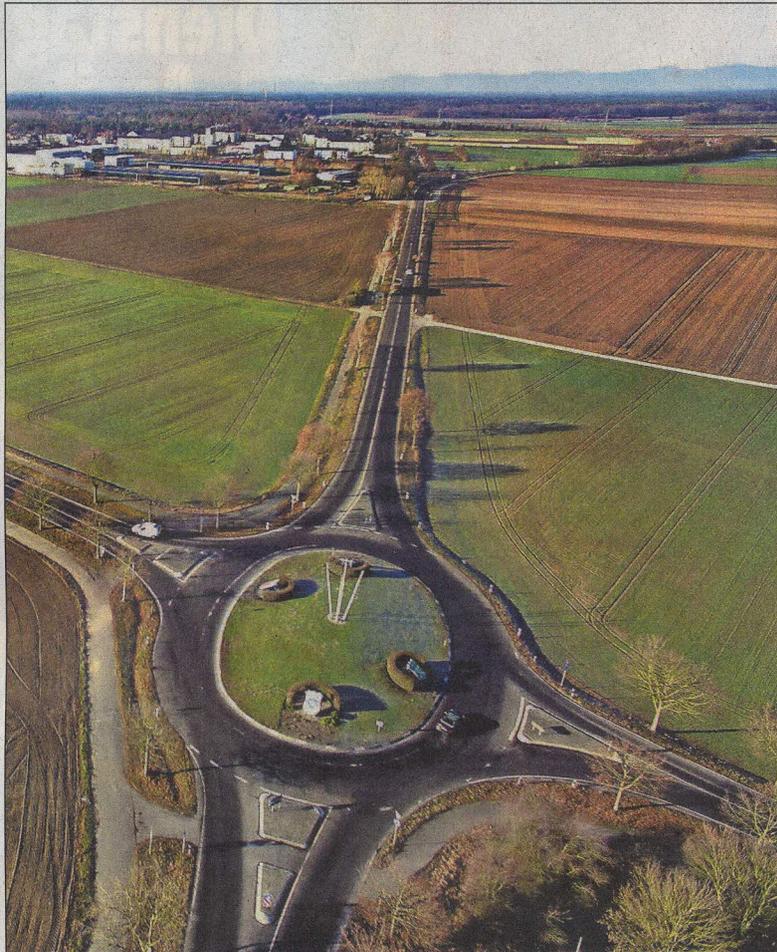
Gründe und Vorteile

Die Stadtplanerin begründete die Planung für das Gebiet mit dem Mangel an Wohnraum in Speyer und dem Bedarf an Gewerbeflächen. Als Vorteile eines Gewerbegebiets führte sie Gewerbesteuererhöhungen, die 1700 bis 4000 entstehenden Arbeitsplätze und die Infrastruktur an. Dabei nannte sie den Ausbau des Mobilfunknetzes und des Internets, von dem auch die Bewohner von Otterstadt profitieren könnten.

Straßenbahn als eine Idee

Trojan nannte als Möglichkeit auch eine Straßenbahnlinie, die von Ludwigshafen bis nach Speyer führen und das Gewerbegebiet erschließen könnte. Die Stadt habe sich bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) um eine Machbarkeitsstudie beworben, in der untersucht wird, ob eine Straßenbahnlinie bis in die Domstadt möglich ist. Dazu gebe es demnächst Gespräche mit dem Verkehrsunternehmen, so Trojan.

Wie berichtet, gibt es bereits die Idee, Straßenbahnlinien von Ludwigshafen in die Kreisgemeinden zu führen – zum Beispiel bis nach Waldsee. Dazu wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, deren



Die Flächen, um die es geht: Blick vom Otterstadter „Wappen-Kreisel“ auf Speyer-Nord mit der Kaserne. Dass die Idee auch vorsieht, die Fläche im Bild rechts neben der K 23 für Gewerbebetriebe zu erschließen, passt dem Otterstadter Rat nicht.

ARCHIVFOTO: LENZ

Ergebnisse demnächst veröffentlicht werden sollen.

Kritik der Ratsmitglieder

Das fraktionslose Ortsgemeinderatsmitglied Jürgen Zimmer konnte sich mit den Plänen für das Großprojekt nicht anfreunden: „Bei der Deckerhöhung kämpfen wir um jeden Meter Ackerland und bezahlen sogar einen Anwalt, und hier geben wir es weg.“ Birgid Daum (BIO) kritisierte die Pläne mit

mehreren Punkten ebenfalls. Ihrer Meinung nach ergebe das Großprojekt große Nachteile für Otterstadter Landwirte, die ihre Flächen zugunsten des Gewerbegebiets verlieren würden. Die Pläne sehen vor, dass die Stadt Speyer den Landwirten Ersatzflächen anbietet. Als Beispiel nannte Stadtplanerin Trojan, Flächen entlang der B 9, die der Stadt gehören und derzeit an Nebenerwerbslandwirte verpachtet seien. Dass die Ersatz-Ackerflächen zu Lasten von

anderen Landwirten gehen, kritisierte Daum ebenfalls.

BIO befürchtet außerdem Nachteile für Gewerbe und Handel in Otterstadt und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, das die Bewohner belasten werde. Zudem sei unklar, welche Konsequenzen das Projekt für die geplante Biotopvernetzung zwischen Pfälzerwald und Rheinauen habe, führte Daum an.

Zum Thema Verkehr sagte Speyers Stadtplanerin, dass in dem Gewerbegebiet keine Logistikfirmen angesiedelt werden sollen. Birgid Daum schlug vor, die Absichtserklärung zum weiteren Vorgehen für das Projekt zu vertagen und den neugewählten Ortsgemeinderat im zweiten Halbjahr darüber entscheiden zu lassen. Der Vorschlag wurde mit einer Mehrheit von CDU und FWG abgelehnt. Die CDU-Mitglieder Theo und Werner Böhm (beide Landwirte) und Yannick de Santis (SPD) enthielten sich bei der Abstimmung.

Lothar Ritthaler (CDU) hatte zuvor erklärt, dass die Partei mit den Plänen für das Gebiet südlich der K 23 einverstanden sei. Den geplanten 17 Hektar großen Teil des Gewerbegebiets nördlich der Kreisstraße bezeichnete er jedoch als größtes Problem. Bei dem als Phase IV und damit als letztes zu verwirklichenden Gebiet ab 2025 könne die Partei nicht mitgehen – auch im Hinblick auf die geplante Erdölförderung weiter nördlich, so Ritthaler.

Otterstadter Absichtserklärung

Letztlich stimmte die Mehrheit der Ratsmitglieder für eine Absichtserklärung. Darin heißt es, dass die grundsätzlichen Planungsziele unterstützt und diese mit den Partnern – der Stadt Speyer und der Verbandsgemeinde Rheinauen – weiterentwickelt werden. Weiter steht darin, dass die Ortsgemeinde Otterstadt will, dass die Existenz der Landwirte nicht gefährdet wird und diese adäquate Ersatzflächen erhalten. Zudem werde die Phase IV (Teil des Gewerbegebiets nördlich der K 23) kritisch gesehen.

Die BIO-Fraktion und Jürgen Zimmer stimmten gegen die Absichtserklärung, die Brüder Böhm enthielten sich.